

BERLIN - INTERN DER INFOBRIEF



der
LANDESRUPPE BRANDENBURG
der
CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Mitglieder: Michael Stübgen, MdB (Vorsitzender der Landesgruppe)
Andrea Voßhoff, MdB (Stellvertretende Vorsitzende)
Katherina Reiche, MdB
Jens Koeppen, MdB
Hans-Georg von der Marwitz, MdB

Nr. 22 / 2013 (07. Juni 2013)

Inhaltsverzeichnis:

1. Vorwort des Landesgruppenvorsitzenden
2. Ergebnisse des Zensus 2011
3. Deutschland unterstützt Grenzsicherung in Libyen
4. Bundeswehreinsatz vor Libanons Küste geht weiter
5. Terminvorschau

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

in diesen Tagen sind wir mit unseren Gedanken bei den Menschen in den Hochwassergebieten. Mein ausdrücklicher Dank gilt allen Helferinnen und Helfern, die in dieser schwierigen Situation alles dafür tun, Leben zu schützen und die Schäden möglichst gering zu halten. In den nächsten Tagen werden wir weiterhin eine äußerst angespannte Situation haben. Wir können nur hoffen, dass die Deiche den Wassermassen weitgehend standhalten können.

Im Deutschen Bundestag haben wir in dieser Woche unter anderem über das Ergebnis einer Großen Anfrage der christlich-liberalen Koalition zur Lage der Kommunen diskutiert. Die Bilanz kann sich mehr als sehen lassen. Mit unserer kommunalfreundlichen Politik haben wir einen wichtigen Betrag zur Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung geleistet. Insbesondere die finanzielle Situation der Kommunen, die im vergangenen Jahr erstmals seit 2008 wieder Überschüsse erzielen konnten, hat sich wesentlich verbessert.

Maßgeblich dafür sind unter anderem die vom Bund übernommenen Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung in Höhe von rund 4,5 Milliarden Euro. Für den Ausbau der Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren hat der Bund Zuschüsse von über 5,4 Milliarden Euro gewährt. Natürlich ist die Finanzausstattung der einzelnen Kommunen sehr unterschiedlich, doch hier sind die Länder gefordert, den Kommunen eine ausreichende Finanzausstattung zukommen zu lassen.

Ihr



Michael Stübgen, MdB
Landesgruppenvorsitzender

2. Ergebnisse des Zensus 2011

2.1. 1,5 Millionen Einwohner weniger

Mit Spannung erwartete Deutschland die Ergebnisse des Zensus 2011: Am 9. Mai 2011 wohnten hier rund 80,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner und damit 1,5 Millionen oder 1,8 % weniger als in der bisherigen Bevölkerungsfortschreibung nachgewiesen. Besonders auffällig ist, dass bei den Ausländerinnen und Ausländern die Differenz mit -14,9 % deutlich größer als bei den Deutschen (- 0,6 %) ist.

Die Abweichungen bei den Einwohnerzahlen sind zwischen Zensus 2011 und der Bevölkerungsfortschreibung regional sehr unterschiedlich: In zwölf Bundesländern sind die Abweichungen geringer als im Bundesdurchschnitt, in vier Bundesländern - Berlin, Hamburg, Baden-Württemberg und Sachsen - sind sie größer.

In 16 Städten lag die Abweichung zur Fortschreibung bei mindestens 10.000 Einwohnerinnen und Einwohnern. Prozentual betrachtet wurden bei den Großstädten die größten negativen Differenzen für Aachen (-8,5 %), Mannheim (-7,5 %), Würzburg (-6,8 %), Freiburg im Breisgau (-6,6 %) sowie für Offenbach am Main und Osnabrück (-6,4 %) festgestellt. Die größten positiven Abweichungen gab es in Bielefeld (+ 3.724 Einwohner).

Die letzte Volkszählung 1987 im Westen bzw. Daten aus dem zentralen Einwohnermelderegister der DDR von Oktober 1990 für die neuen Bundesländer und Berlin-Ost bildeten bisher die Grundlage der amtlichen Bevölkerungsfortschreibung. Diese Daten wurden anhand von Informationen über Geburten, Todesfälle und Ummeldungen kontinuierlich aktualisiert ("fortgeschrieben"), allerdings sind die Quellen dieser Anpassungen nicht immer präzise. Aus diesem Grund ist von Zeit zu Zeit eine Art Inventur notwendig. Diese Inventur ist mit dem Zensus 2011 geschehen.

Deutschland hatte am 9. Mai 2011 rund 1,5 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner weniger als bisher angenommen, doch führt dies nur zu geringfügigen Verschiebungen in der Altersstruktur: Sowohl nach den Ergebnissen der Bevölkerungsfortschreibung als auch nach denen des Zensus 2011 sind rund 21 % der Bevölkerung 65 Jahre oder älter. Mit dem Zensus 2011 wurden aber nicht nur die Einwohnerinnen und Einwohner gezählt, vielmehr lässt sich mit den Ergebnissen ein weit vielschichtigeres Bild der Bevölkerung zeichnen.

Neben den 18,2 Millionen Ehen gab es zum Zensusstichtag knapp 34.000 eingetragene (gleichgeschlechtliche) Lebenspartnerschaften in Deutschland, darunter waren rund 40 % Lebenspartnerschaften von Frauen. Insgesamt lebten 5 700 Kinder in Familien, deren Eltern eine eingetragene Lebenspartnerschaft führten, die allermeisten davon (86 %) in Lebenspartnerschaften von Frauen.

Das Christentum ist nach wie vor die größte Religions- und Glaubensgemeinschaft in Deutschland: Gut zwei Drittel der Einwohnerinnen und Einwohner zählen laut Zensus 2011 zu den Christen. Davon bekennen sich 3,8 % zum Christentum, ohne jedoch Mitglied einer christlichen öffentlich-rechtlichen Religionsgesellschaft zu sein. 10,5 % der Einwohnerinnen und Einwohner gaben an, keiner Religion oder Weltanschauung anzugehören. Im Osten Deutschlands liegt der Anteil der Konfessionslosen mit rund 33 % weit über dem entsprechenden Anteil im Westen (6 %).

Und wie sieht es mit der Bildung in Deutschland aus? Ein Blick auf die Zensusergebnisse zeigt folgendes Bild: Am Zensusstichtag hatten 35,6 % der Bevölkerung ab 15 Jahren einen Haupt- beziehungsweise Volksschulabschluss, 26,9 % besaßen die mittlere Reife oder einen gleichwertigen Abschluss und weitere 28,3 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife. 4,4 % der über 15-Jährigen gingen am Zensusstichtag noch zur Schule; 4,7 % der Bevölkerung ab 15 Jahren hatte keinen Schulabschluss, das sind 3,2 Millionen Menschen.

Und die Zukunft lässt hoffen, denn die jüngeren Menschen haben wesentlich häufiger einen höheren Schulabschluss als die älteren: Bei den 18- bis 29-Jährigen konnten 30,2 % die mittlere Reife oder einen gleichwertigen Abschluss sowie 39,7 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife vorweisen. Bei den 50- bis 64-Jährigen hingegen lagen diese Anteile bei 29,1 % bzw. 26,6 %. Noch deutlicher ist der Unterschied zu den ab 65-Jährigen: Hier hatten lediglich 14,4 % die mittlere Reife oder einen gleichwertigen Abschluss und 15,5 % die Fachhochschul- oder Hochschulreife.

Weitere Informationen und umfangreiches Tabellenmaterial finden Sie unter www.zensus2011.de.

2.2. 1,1 Millionen Ausländer weniger

Die Mehrheit der 80,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner Deutschlands sind Deutsche - nämlich etwa 74 Millionen. Knapp 6,2 Millionen Einwohnerinnen und Einwohner waren am 9. Mai 2011 ausländische Staatsbürger (7,7 %). Vergleicht man diese Zensusergebnisse mit den Ergebnissen der bisherigen Bevölkerungsfortschreibung, zeigt sich, dass in Deutschland nahezu 1,1 Millionen oder 14,9 % weniger Ausländerinnen und Ausländer leben als bislang angenommen.

Deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 7,7 % lag der Ausländeranteil in Hamburg, Hessen, Berlin, Baden-Württemberg und Bremen; in den neuen Bundesländern betrug er dagegen unter 2 %.

2.3. 0,5 Millionen Wohnungen mehr

Deutschland hat Inventur gemacht: Bei der Gebäude- und Wohnungszählung wurden am 9. Mai 2011 rund 19 Millionen Gebäude mit Wohnraum und 41,3 Millionen Wohnungen gezählt. Vergleicht man diese Ergebnisse mit den Ergebnissen der bisherigen Fortschreibung des Wohnungsbestandes, gab es 2011 in Deutschland 500.000 Wohnungen mehr als bislang angenommen.

Die Ergebnisse der Gebäude- und Wohnungszählung 2011 (GWZ 2011) stimmen mit den Ergebnissen der bisherigen Fortschreibung des Wohnungsbestandes relativ gut überein. Dies bedeutet, dass die Bautätigkeitsstatistik in den Jahren zwischen den Gebäude- und Wohnungszählungen für Deutschland insgesamt gesehen Neubauten und Abrisse gut erfassen konnte. Mit dem Zensus 2011 steht darüber hinaus auch in kleinräumiger Gliederung eine zuverlässige neue Datenbasis für den Wohnungsbestand zur Verfügung.

Die im Schnitt größten Wohnungen gibt es in Rheinland-Pfalz, dem Saarland und Niedersachsen mit einer durchschnittlichen Größe von über 100 Quadratmetern, der Bundesdurchschnitt beträgt 90,7 Quadratmeter. Wesentlich beengter wohnen die Menschen in Hamburg, Sachsen und Berlin, das als Bundesland mit der höchsten Siedlungsdichte mit durchschnittlich 72,2 Quadratmetern auch die kleinsten Wohnungen aufweist.

Berlin ist auch bei der Eigentümerquote, also dem Anteil der bewohnten Wohnungen, die von den Eigentümerinnen und Eigentümern selbst bewohnt werden, Schlusslicht: Mit einer Eigentümerquote von nur 15,6 % liegt die Hauptstadt deutlich unter der deutschlandweiten Quote von 45,8 %. Die höchsten Eigentümerquoten haben die Länder im Südwesten, allen voran das Saarland (62,8 %) und Rheinland-Pfalz (57,6 %). Obwohl die Eigentümerquote seit Jahren langsam, aber kontinuierlich gestiegen ist, zeichnet sich Deutschland im internationalen Vergleich traditionell durch eine niedrige Eigentümerquote aus. Der Eigentümerquote wird vor allem bei der Diskussion um die Vermögensbildung zur Alterssicherung der Bevölkerung eine große Bedeutung beigemessen.

Mit den Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung stehen auch erstmals wieder regional tief gegliederte Daten über den Wohnungsleerstand zur Verfügung. Mit dem Vorhandensein freier Wohnungen ist jedoch noch keine Aussage über deren Preis, Lage, Zuschnitt oder Sanierungsstand verbunden. In Deutschland insgesamt liegt die Leerstandsquote in Wohngebäuden bei 4,4 % (ohne Wohnheime). Allerdings gibt es auch beim Leerstand regional betrachtet große Unterschiede: So sind die Leerstandsquoten im Osten deutlich höher als im Westen. Die bundesweit höchste Leerstandsquote gibt es in Sachsen mit 9,9 %, gefolgt von Sachsen-Anhalt mit 9,4 %. Die niedrigsten Leerstandsquoten weisen Hamburg mit 1,5 % und Schleswig-Holstein mit 2,7 % auf.

Unter den Großstädten Deutschlands liegt die Leerstandsquote in Chemnitz, Leipzig und Halle über 10 %. Hingegen befinden sich die angespanntesten Wohnungsmärkte mit weniger als 2 % Leerstand in Jena, Münster, Hamburg und Oldenburg.

3. Deutschland unterstützt Grenzsicherung in Libyen

Deutschland wird sich an der EU-Mission zur Unterstützung der libyschen Grenzsicherungskräfte beteiligen. Bis zu 20 Beamtinnen und Beamte der Bundespolizei sowie der Polizeien der Länder werden dafür zur Verfügung gestellt. Dies hat das Bundeskabinett beschlossen.

Die europäischen Partner haben ein gemeinsames Interesse an einem besseren Schutz der libyschen Außengrenzen. Grenzüberschreitende terroristische Aktivitäten, Waffenhandel sowie unkontrollierte Migration in die Mittelmeeranrainer der EU bedrohen die regionale Stabilität und europäische Sicherheitsinteressen. Seit dem 14. November 2012 wird Libyen erstmals von einer demokratisch legitimierte Regierung geführt. Derzeit ist die politische Situation im Land angespannt, die Sicherheitslage ist schwierig. Die libysche Regierung übt keine effektive Kontrolle über die ausgedehnten Landesgrenzen aus. Es gibt bewaffnete Banden, die Drogen-, Waffen-, und Menschenhandel betreiben.

Um Bedrohungen der europäischen Sicherheit zu begegnen, hat der Rat der EU die "European Union Integrated Border Management Assistance Mission in Libya" (EUBAM Libyen) mit einem anfänglichen Mandat von 24 Monaten beschlossen. EUBAM Libyen soll den libyschen Grenzbehörden durch Ausbildung und Beratung zur Seite stehen. Damit soll das Land seine Grenzen selbstständig und unter Wahrung internationaler menschenrechtlicher Standards schützen können. Es handelt sich um eine zivile Grenzschutzmission im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP).

Die Mission soll die libyschen Behörden bei der Ausarbeitung einer nationalen Strategie für integriertes Grenzmanagement beraten und beim Ausbau ihrer operativen Fähigkeiten unterstützen. Einsatzgebiet ist das libysche Staatsgebiet. Durch ihre Beteiligung leistet die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung und Entwicklung Libyens.

Mit Schreiben vom 9. Januar 2013 an die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Lady Catherine Ashton, stimmte die libysche Regierung einer zivilen GSVP-Grenzmission in Libyen zu. Daraufhin beschloss der Rat am 22. Mai 2013 die Errichtung der Mission EUBAM Libyen mit einem anfänglichen Mandat von 24 Monaten.

4. Bundeswehreinsatz vor Libanons Küste geht weiter

Deutsche Soldatinnen und Soldaten werden bis Ende Juni 2014 zur Sicherheit vor der libanesischen Küste beitragen. Das Kabinett hat eine erneute Verlängerung des Mandats beschlossen. Der Deutsche Bundestag muss noch zustimmen.

Seit 2006 sind deutsche Streitkräfte im Rahmen der UN-geführten Mission UNIFIL an der Seegrenze des Libanons im Einsatz. Das derzeitige Mandat endet am 30. Juni 2013. Ziel der Mission ist es, den Waffenschmuggel in den Libanon von See aus zu unterbinden. Langfristig soll dies zur Verbesserung der Beziehungen zwischen Israel und dem Libanon beitragen. Die Mission leistet damit einen wichtigen Beitrag zur Stabilität der gesamten Region. Doch in jüngster Vergangenheit gibt die Sicherheitslage im Land zunehmend Anlass zur Beunruhigung. Neben innenpolitischen Spannungen wirkt sich besonders der Konflikt im benachbarten Syrien negativ aus.

Aktuell sind insgesamt etwa 11.000 Soldatinnen und Soldaten an der Mission im Libanon beteiligt, davon circa 1.000 am Flottenverband. Dieser besteht aus drei Fregatten und fünf Korvetten beziehungsweise Schnellbooten. Sie stammen aus Brasilien, Indonesien, Griechenland, der Türkei, Bangladesch und Deutschland.

Für die Bundeswehr sind die Korvette "Braunschweig" und das Schnellboot "Frettchen" mit rund 190 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz. Geführt wird das deutsche Kontingent von Limassol in Zypern aus. Auch im neuen Mandat soll die bereits bestehende personelle Obergrenze von maximal 300 deutschen Einsatzkräften beibehalten werden.

Deutschland hat ein strategisches Interesse an einem dauerhaften Frieden im Nahen Osten und ist daher seit Beginn am maritimen Teil der Mission beteiligt. Die erfolgreiche Umsetzung der 2006 verabschiedeten UN-Resolution 1701 ist ein wichtiges Element zur Vermeidung erneuter bewaffneter Auseinandersetzungen zwischen Israel und dem Libanon.

Kern des deutschen Engagements vor der Küste des Libanons ist der Aufbau libanesischer Kapazitäten. Dazu gehören die bilateralen, vom Auswärtigen Amt finanzierten Hilfen durch die Bereitstellung von Booten, Schiffssicherungs- und Werkstattausstattungen. Die Bundeswehr leistet umfangreiche Ausbildungshilfe für die libanesischen Marine. Diese soll auch in Zukunft den Schwerpunkt der deutschen Beteiligung bilden. Ziel ist es, dass die libanesischen Regierung schrittweise die Verantwortung zum Schutz der seeseitigen Grenzen übernehmen kann.

Doch es bestehen weiterhin Lücken, die es zu schließen gilt. Dies bestätigt auch der jüngste Fortschrittsbericht des Generalsekretärs der Vereinten Nationen, Ban Ki-Moon, vom 27. Februar 2013. Demnach sei die weitere Unterstützung der Internationalen Gemeinschaft im Bereich der Ausrüstung und Ausbildung der libanesischen Streitkräfte unerlässlich.

Die zusätzlichen Kosten für die Fortsetzung einer deutschen Beteiligung an der Mission bis zum 30. Juni 2014 belaufen sich auf rund 26,4 Millionen Euro. Jeweils die Hälfte dieses Betrages entfällt auf die Haushaltsjahre 2013 und 2014.

Sobald die libanesischen Marine entsprechend ausgestattet und ausgebildet ist und den Schutz der seeseitigen Grenzen eigenverantwortlich übernehmen kann, soll die deutsche Beteiligung an der Mission enden. Dieses Ziel strebt die Bundesregierung an und richtet ihre Unterstützung daran aus.

Die deutsche Beteiligung am UNIFIL-Flottenverband wird auch weiterhin in ein umfassendes Engagement der Bundesregierung für den Libanon und die Region eingebettet. Es enthält sowohl politische als auch wirtschaftliche und sozio-ökonomische Maßnahmen. Dies macht eine ressortübergreifende Abstimmung des deutschen Engagements im Libanon unter Federführung des Auswärtigen Amtes notwendig. Weiterhin beteiligt sind die Bundesministerien des Innern, der Finanzen, der Verteidigung sowie das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

5. Terminvorschau

10.06.2013	EU-Verkehrsministerrat in Brüssel
10.06. bis 14.06.2013	Sitzungswoche des Deutschen Bundestages
11.06. bis 12.06.2013	Mdl. Verhandlung des Bundesverfassungsgerichts zum ESM/ESB
11.06.2013	BDI-Tag der Deutschen Industrie
12.06. bis 13.06.2013	Justizministerkonferenz von Bund und Ländern
12.06.2013	Tag der Konrad-Adenauer-Stiftung
12.06.2013	Vor 40 Jahren wurde Helmut Kohl CDU-Vorsitzender
13.06.2013	Konferenz der Regierungschefinnen und Regierungschefs der Länder mit Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel
14.06. bis 15.06.2013	KPV-Bundesvertreterversammlung in Berlin
14.06.2013	EU: Rat für Auswärtige Angelegenheiten

Redaktion: Uwe Schüler, Landesgruppenreferent